REGIONEN
Die österreichische Förderlandkarte wird neu gezeichnet
→ Seite 20

Unternehmen und die Industriellenvereinigung fordern politisches Umdenken bei Migration

Unbezahlt, aber überglücklich, eine Beschäftigung zu haben: Jerry Madu (re.), Flüchtling aus Nigeria, als Vermittler zwischen den Generationen im Pensionisten-Wohnhaus Hetzendorf. *Foto: Andy Urban*

Firmen wollen Flüchtlingen zu richtigen Jobs verhelfen

Im Konflikt um den verwehrten Arbeitsmarktzugang für Asylwerber haben eine Flüchtlings-NGO und elf Firmen einen runden Tisch gegründet. Sie fordern mehr Chancen für junge Betroffene ein, die ohne jede Perspektive sind.

Irene Brickner

Wien – Am schlimmsten seien die „im Kreis gehenden Gedanken", schildert Jerry Madu (21) – und die suchten ihn immer dann heim, wenn er untätig sei. Dann müsse er an seine Mutter in Nigeria denken, die er seit seiner Flucht aus der Heimat nicht mehr gesehen hat und an seine eigene unsichere Zukunft. Vor allem an die „Angst vor einem negativen Asylbescheid".

Dieser lässt schon über sechs Jahre auf sich warten. Jahre, in denen Jerry um jede Ablenkung und um jede Zukunftschance anstehen musste. Wie Asylwerber in Österreich allgemein hat der junge Mann, der 2002 als 15-Jähriger allein vor einer Sekte, die ihm nach dem Leben trachtete, nach Europa fliehen musste, praktisch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt *(siehe Geschichte rechts)*. Will er nicht in der Flüchtlingsunterkunft versauern, so muss er höchst unverbindliche Beschäftigungsverhältnisse auf sich nehmen: Praktika etwa oder Volontariate, „die aber dennoch dem Arbeitsmarktservice angezeigt werden müssen", wie Veronika Krainz von der Patenschaftsaktion für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Connecting People, erläutert.

Mittagessen als Lohn

Erlaubt ist aber auch ein Ehrenamt, so wie es Jerry seit einem Jahr einmal wöchentlich im Pensionisten-Wohnhaus Hetzendorf der Stadt Wien innehat. Unter dem Motto „Kinder und Senioren unter einem Dach" wurde dort 2005 eine Kindergruppe eröffnet. Hier betreut Jerry die Kinder und vermittelt zwischen den Generationen. Lohn bekommt er keinen, aber das Mittagessen ist gratis. „Wir würden ihn gern bezahlen, aber dann würden wir gegen die Gesetze verstoßen", schildert Hausdirektor Vinzenz Kiener.

Das sei „im höchsten Maß unbefriedigend", sagt Krainz. Dem „Trauerspiel junger Flüchtlinge, die in den wichtigsten Jahren ihres Lebens keine Chance auf Existenzgründung haben", wollte sie nicht länger zuschauen. Also initiierte sie einen runden Tisch mit elf Unternehmen – darunter Airtours Austria , Berndorf, Habau, ISS, Kapsch, Reiwag, Schöller-Bleckmann, die Agentur Dato-Denkwerkzeuge und die PR-Firma X3-Projects – die junge Flüchtlinge beschäftigen würden, wenn sie dürften. Ihre Forderung: „Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber" mit Augenmerk auf unbegleitete Minderjährige, von denen in Österreich rund 400 leben.

Mit dabei ist auch die Orion Leuchtenfabrik, die dem 17-jährigen, allein aus China geflüchteten Ming Qing Chen eine Chance geben wollte. Nach „Kämpfen mit der Bürokratie" habe Ming drei Monate im Rahmen eines Praktikums „schnuppern" dürfen. Verlängert wurde dieses nicht. Dabei, so Geschäftsführer Paul Molesz, „hätten wir den Burschen auch als Lehrling brauchen können".

Schlechte Note der Industrie für die Einwanderungspolitik

Facharbeitermangel als Sorgenkind in Krisenzeiten

Wien – Die heimische Konjunktur habe ihren Zenit überschritten, der Kampf um jeden Auftrag werde härter – und wie er ausgehe, entscheide von Fall zu Fall auch der Umgang des Unternehmens mit den Herausforderungen der Einwanderung, sagte am Donnerstag Veit Sorger, Präsident der Industriellenvereinigung (IV).

So falle von den derzeit rund 50.000 offenen Stellen „ein Großteil in den Facharbeiterbereich". Facharbeiter aber gebe es wie berichtet im Inland derzeit nicht genug und ihre Anwerbung aus dem Ausland sei aufgrund restriktiver Regelungen nicht ausreichend möglich: Also werde es nicht zuletzt mit Versäumnissen der Migrationspolitik zu tun haben, „wenn Aufträge in Zukunft nicht angenommen werden können, weil qualifizierte Mitarbeiter fehlen", meinte Sorger und forderte zum bereits wiederholtem Mal ein Umdenken auf Seiten der Politik.

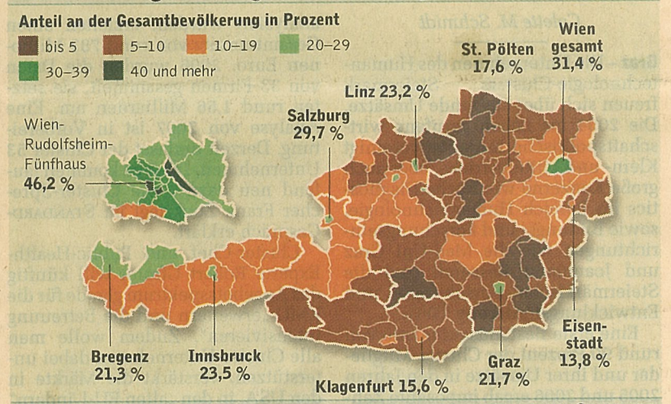
Kriterien statt Quoten

Der IV-Präsident schlug den Übergang von einem quotenbestimmten Zuwanderungssystem auf ein kriteriengeleitetes vor. Als Kriterien sollten Sprachkenntnisse, Ausbildung und Berufserfahrung herangezogen werden, auch „das Definieren zusätzlicher österreichspezifischer Voraussetzungen" sei möglich. Eine solche Änderung würde wohl auch die Einschätzung des Stands der Einwanderungspolitik unter Unternehmern bessern, die von der IV von jetzt ab halbjährlich anhand von 50 Befragungen gemessen wird. Der erste derartige Migration Mirror ergab auf einer Skala von 0 (sehr schlecht) bis 4 (sehr gut) die „Note" 1,7.

Schwer verständlich sei auch, dass der „Dequalifizierung" von Asylwerbern auf dem Arbeitsmarkt nichts entgegensetzt werde, sagte Christian Friesl, IV-Bereichsleiter für Gesellschaftspolitik. Legal arbeiten dürften Flüchtlinge praktisch nicht: „Asylwerber sollen befristete Arbeitsbewilligungen erhalten, die im Fall eines negativen Ausgangs ihres Asylverfahrens wieder ungültig werden", forderte Friesl.

Tatsächlich ist die Lage der derzeit rund 30.000 Asylwerber von Widersprüchen geprägt: Einerseits öffnet ihnen das Ausländerbeschäftigungsgesetz den Zugang zum Arbeitsmarkt bereits nach drei Monaten – und entspricht damit den EU-Vorgaben. Aber ein Erlass von Arbeitsminister Martin Bartenstein (ÖVP) aus dem Jahr 2004 schränkt die erlaubten Tätigkeiten auf kontingentierte Ernte- und Saisonarbeit ein. „Österreich ist hier liberaler als viele andere EU-Staaten", heißt es dazu aus dem Büro Bartenstein. (bri) **Kommentar Seite 36**

Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Quelle: APA/ST. AT.

DER STANDARD